

Beilage zu Nummer 31 der Volksstimme.

Montag den 7. Februar 1916.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 7. Februar 1916.

Helden, Händler und Bauern.

Wie weit die Empörung über die immer zunehmende Lebensmittelverteilung in Deutschland gestiegen ist, beweist ein Artikel mit vorstehender Überschrift, der in der Deutschnummer der „Reichsartell-Korrespondenz“ erschienen ist. Diese Korrespondenz wird herausgegeben von dem Reichsartell der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten. Der Artikel geht von dem Gedanken aus, daß das gesamte deutsche Volk die Blutopfer dieses gegenwärtigen Weltkriegs trage, daß aber die materiellen Opfer in der Hauptsache von den minderbemittelten Konsumenten getragen werden. Gewiß habe der Krieg auch anderen Erwerbsgruppen hier und da materielle Verluste gebracht, aber weder Händler noch Bauern kennen Nahrungsorgen im eigentlichen Sinne des Wortes. Dagegen leiden die weite Schicht unseres Volkes tatsächlich an dem Notwendigsten Mangel. Einestheils jedenfalls fest: In den Herzen von Hunderttausenden denken Konsumenten haben die bitteren Erfahrungen der letzten Zeit den Willen geweckt, nach dem Krieg alle die Ursachen zu beseitigen, die die ungleiche Verteilung der materiellen Kriegskosten ermöglichen. Gegen die Umwandlung der jetzigen Kriegspreise in Friedenspreise werde sich ein starker Sturm des Unwillens erheben. Wer die Organe der nationalen Beamten-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen während des Krieges verfolgt habe, werde dies bestätigen finden. Wörtlich heißt es:

Es ist eine Tatsache, daß weite Kreise der Händler und Bauern jedes Augenmaß für angemessene Preise verloren haben. Der Gedanke, daß auch sie, gleich wie die Konsumenten, materielle Kriegskosten zu bringen haben, liegt ihnen, von rühmenden Ausnahmen abgesehen, völlig fern. Gute Preise zu erzielen, das ist der Pol, um den sich die Gedankenwelt der Händler und Bauern dreht. Beide machen sich über die volkswirtschaftlichen Folgen ihres Handelns nicht das geringste Kopfschmerzen. Oder denken sie etwa über die Lage nach, in die unsere Industrie mit vielen Millionen Menschen nach dem Krieg geraten wird, wenn der Auslandsmarkt noch verschlossen, der innere Markt aber infolge des Lebensmittelmangels nicht mehr aufnahmefähig ist? Oder denken sie vielleicht an die wirtschaftlichen Erschütterungen durch die Lohn- und Gehaltsbewegungen, die die Arbeiter und Angestellten nach dem Krieg infolge der Lebensmittelverteilung nachgedrungen unternehmen müssen? Und was unsere Bauern anbetrifft, so vertreten sie mit Hartnäckigkeit ihre eigenen Interessen. Man gehe z. B. einmal auf die Dörfer und versuche Kartoffeln zu kaufen, oder man lasse sich auf dem Markte mit einem Kleinbauern in einen Butterhandel ein. Man wird geradezu erschrecken über den Mangel an Gemeinnut und vaterländischer Solidarität, der bei unseren Bauern zutage tritt. Der Not der Konsumentenmassen in den Städten und Industriestädten stehen die Bauern verständnislos gegenüber. Man kann von den Bauern durchaus die Redensart hören: „Wenn ich für meine Butter, meine Kartoffeln, meine Milch keine hohen Preise bekomme, so füttere ich lieber das Vieh damit“. Unsere Bauern fordern vielfach Butterpreise, die sich in diesem Umfang weder durch erhöhte Löhne noch durch eine Erhöhung der Getreidekosten rechtfertigen lassen. Es ist eine Verhöhnung der Konsumenten, wenn eine Bauerntzung behauptet, die Einkommensverhältnisse der künftigen Bevölkerung seien günstig, weil sie die „normalen“ hohen Preise für die landlichen Erzeugnisse glatt bezahlen könne. Die ganze Tätigkeit der Bauerntzung vor dem Krieg war auf den Gewinn ausgerichtet, und die Bauern werden nach Jahrzehnte hindurch die Folgen ihrer Selbstsucht wie ein Bleigewicht mit sich herumzuschleppen haben.

Beiden Gruppen, den Händlern und den Bauern gegenüber stehen die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten auf einer sittlichen Höhe, die geradezu erhabend wirkt. Im großen und ganzen ist das Einkommen dieser Schichten während des Krieges nicht gesunken, teilweise hat es sich sogar verringert. Dem entgegen haben sich die Löhne für den Lebensmittelaufwand nach einwandfreien Ermittlungen um 50 und mehr Prozent erhöht. Und trotzdem stellen in einer Zeit, wo die entlassenen Eisenbahner und Industriearbeiter jede Verteuerung der Lebenshaltung durch energische Lohnbewegungen ausgleichen suchen, die deutschen Arbeiterorganisationen aller Richtungen alle schärferen Bewegungen zur Erreichung höherer Gehälter und Löhne im vaterländischen Interesse zurück, um unsere Kriegswirtschaft nicht zu stören. So steht wirklicher Patriotismus aus, das ist wirkliches Heldentum.

Der Verfasser weist dann auf die Bedeutung der Konsumentenorganisationen hin und meint, daß die gezielten Auswüchse unserer Volkswirtschaft nicht nur durch staats- und kommunal-sozialistische Eingriffe, sondern auch durch genossenschaftliche und gewerkschaftliche Selbsthilfe der Konsumenten beseitigt werden müßten. In den Mittelpunkt unserer neuzeitlichen Wirtschaft müsse der Mensch und nicht das Geld gestellt werden. Die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes werde bei einer solchen Umgestaltung der Dinge gewiß nicht zu kurz kommen.

Dieser Artikel, der gewiß scharf, aber nicht ungerecht gehalten ist, hat den Unwillen der Agrarierkreise erregt. Die „Kreuzzeitung“ macht ihrem Herzen Luft, indem sie die Entfremdung zwischen Produzenten und Konsumenten bebaut und behauptet, daß diese Entfremdung durch Artikel wie der oben erwähnte künstlich in die Konsumentenkreise hineingetragen werde. Das ist sicherlich falsch, denn die Empörung über die gegenwärtige Verteuerung, an der Bauern und Händler nicht unschuldig sind, braucht nicht erst künstlich geschürt zu werden, sie wächst wild auf der Stroh.

Wert der Volksfürsorge. Am 1. Juli 1914 versicherte die 20jährige Schneiderin C. in Frankfurt a. M. ihr Leben bei der Volksfürsorge mit 220 Mark. In den letzten Tagen erkrankte sie und starb nach wenigen Tagen. Damit wurde die helle Versicherungssumme, der eine Einzahlung von 48 Mark gegenübersteht, fällig und ausbezahlt. Diese Tatsache beweist am besten, daß es für Arbeiter einen großen Wert hat, ihr oder ihrer Angehörigen Leben bei der Volksfürsorge zu versichern, um bei solchen traurigen Anlässen einen Rückhalt zu haben.

Zur Erhöhung der Zuckerpreise wird der „Frl. Bp.“ aus Magdeburg geschrieben: Der Bundesratsbeschluss über die Festsetzung der Rohzuckerpreise für die Jahre 1916/17 mit 15 Mark für 50 Kilogramm Rohzucker hat nach den vorausgesetzten Mittelnungen zwar nicht mehr übertrifft, aber die Befürchtungen sind nun zur Wahrheit geworden und die Verbraucher werden sich auf höhere Zuckerpreise im nächsten Jahr gefaßt machen müssen. Zwar sind Verbrauchssteuern noch nicht festgelegt, doch ist die Rechnung, selbst wenn geringe Abzüge für Raffination gemacht werden sollten oder solche auf

Kosten des Raffinationshandels erfolgen, ziemlich einfach. Bei dem Preis für Rohzucker dieser Kampagne von 12 Mark franko Magdeburg kostete gewöhnlicher Weißzucker 22,00 Mark, bei Raffinerien, also bei 15 Mark schon 25 1/4 Mark, dazu kämen dann die Aufschläge für den Groß- bzw. Kleinhandel, also werden wird um eine Mehrbelastung von 2 bis 3 Pfennig der Konsumenten schwerlich herumkommen.

Postanweisungen an Zivilgefangene in Rußland. Die Königlich Schwedische Postdirektion im Roms-Distrikt, durch deren Vermittlung Postanweisungen an Kriegsgefangene in Rußland versandt werden, hat bekannt gemacht, daß die russische Postverwaltung nunmehr auch Postanweisungen an Zivilgefangene zuläßt, was früher nicht der Fall war. Nach wie vor sind indes Postanweisungen an solche Personen feindlicher Nationalität, die beim Kriegsausbruch freiwillig in Rußland geblieben sind und dort, obwohl unter polizeilicher Aufsicht stehend, privat wohnen, unzulässig. Das Recht, Postanweisungen zu empfangen, steht nur solchen Zivilpersonen feindlicher Nationalität zu, die aus militärischen Gründen oder auf Befehl der Militärbehörden in Gefangenenlagern oder in Gefangenen interniert sind. Es wird deshalb bezüglich der Postanweisungen an Zivilgefangene in Rußland angetragen, in der Adresse (die auf die Rückseite des Abschlusses zu schreiben ist, während die Anweisung selbst an das Postamt Warschau 1 Upa gerichtet werden muß) deutlich anzugeben, daß der Empfänger interniert ist, da es sonst möglich ist, daß die russischen Behörden die Anweisung ohne nähere Untersuchung zurücksenden.

Aus den umliegenden Kreisen.

Einigkeit macht stark!

Die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel nimmt von Tag zu Tag eine immer mehr erschreckendere Gestalt an. Für arme Leute — und darunter kann jetzt fast das gesamte kleine Beamtenum mitgerechnet werden — ist es kaum möglich, etwas anderes zu essen als Kartoffeln. Und die sind teuer und schlecht genug. Reiche Leute wissen sich immer einzudecken; wer viel Geld hat, kann auch kaufen, durchhalten und anderen Leuten, die nichts haben, Enthaltsamkeit predigen. Unerwünscht sind die Kreise, und daß wir nach dem Krieg wieder normale Zustände bekommen, glaubt kein Gutmacher. Daß diese Verteuerung systematisch vom Bund der Landwirte, überhaupt von der organisierten Landwirtschaft in vaterländischem Interesse betrieben wird, soll an einigen Beispielen gezeigt werden. Da ist zunächst ein Interat, das in der Zeitschrift des Bundes zu seiner jüngsten Provinzialtagung in Kiel steht:

Einigkeit macht stark!

Milchproduzenten-Berein in Kiel u. Umgegend

Gegründet 19. Juni 1900.

1911:

Milchpreis 13 und 14 Pfennig pro Liter.

1915:

Milchhöchstpreis 26 Pfennig pro Liter.

Einigkeit macht stark!

Man braucht nicht als besonders vaterlandslos verschriener Geißel zu gelten, um den kalten Hohn zu verspüren, der offen aus dem Triumphhinterat herauszukommen ist. Wo bleibt die Not des Volkes und des Vaterlandes? Das sind die Milchverteurer, die auch redlich bestrebt sind, offiziell möglichst wenig Butter in die Stadt zu schicken, inoffiziell kann man unter gewissen Bedingungen so viel haben, wie man will. Wie steht es mit dem Fleisch? Ein Korrespondenzbureau meldete dieser Tage:

„Die notwendig einheitliche Bestimmungen über das Schlachten sind, beweist das folgende von glaubwürdiger Seite verbürgte Vorwissen: Ein Arzt in G o m b e r g a. O h m in Oberhessen, der vier noch schulpflichtige Kinder und 2 Dienstmädchen hat, schlachtete in den letzten Tagen: vier fette Schweine im Schlachtgewicht von je über 2 Zentner, sowie ein Rind im Schlachtgewicht von vier Zentnern, zusammen also zwölf Zentner Schlachtgewicht. Was er damit macht, ist unerklärlich; ins Feld wird der Mann wohl auch nicht mehr schicken wie andere. Von Schweinefleisch kann man hier nicht reden, zudem der Mann die Tiere kochen mußte.“

Und weiter meldete das gleiche Bureau einige Tage später: „In einzelnen Orten der Umgegend wurden infolge der verhängten Vorschriften beim Schweinefleisch (kein Verbot) an einem Tage 12 bis 25 Schweine abgeschlachtet, wobei sich viele der Landwirte noch ihrer Schlaubeit rühmen, ohne zu bedenken, welche bedenkliche Folgen dies für die Allgemeinheit haben muß.“

Wie beim Getreide und den Kartoffeln, so geht es also auch mit dem Fleisch. Die Landwirte denken in erster Linie und ausschließlich nur an sich. Während in den Städten Fleisch und Fett selbst zu den höchsten Preisen überhaupt nicht mehr zu haben ist und viele Metzger ihre Läden ganz geschlossen halten müssen, haben auf dem Lande die Hauschlachtungen in diesem Jahre einen Umfang angenommen, wie er nach Ansicht von Leuten, die darüber Erfahrungen haben, seit Jahrzehnten nicht beobachtet worden ist. Wo man früher 1 bis 2 fette Schweine für die Haushaltung schlachtete, werden diesmal 3-4 und mehr geschlachtet. Dabei wird nebenher sehr viel Fleisch zu Dauerware für den Sommer hergestellt. Zahlreiche Metzger auf dem Lande stellen sehr oft die ganze Woche hindurch das Schlachten gänzlich ein, da sie trotz aller guten Worte für vieles Geld kein Schwein erhalten können. Andererseits haben die sogenannten Hausmetzger durch die massenhaften Hauschlachtungen so viel zu tun, daß sie sich für mehrere Wochen hinaus durch die Landwirte zum Schlachten bestellt sind.

Der „Kriegssozialismus“, der bei Ausbruch des Krieges von erhabenen Geistern so hochgepriesen wurde, hat schamlos versagt. Da loben wir den vaterlandspatriotischen, der ohne jede Moral ist. Volksganzen, Gemeinnut, Vaterlandslieb: sind den vaterlandspatriotischen unbekannte Begriffe. Die Behörden greifen hier aber weder fest zu und stellen diese volkfeindlichen Machinationen ab, noch lassen sie — weil „Burgfrieden“ herrscht — einen offenen Kampf in der Presse zu. Warum wohl?

In der Zeitschrift „Feld und Wald“ erschien kürzlich nachstehende Anzeige:

Offiziere als Hühner- und Gunde-futter Rastler Rippensper in Dosen von etwa 20 Pfund (etwas zu stark eingekocht) zu 50 Wg. Brutto für Netto. Fritz Wienholt, Zeitwaren-Großhandlung, Dortmund.

So sorgt man dafür, daß wenigstens die Hunde zu einem kräftigen Futter gelangen. Ob es sich in diesem Falle wirklich um ein Versehen beim Einfachen handelt, oder ob das Fleisch nicht wie in anderen Fällen durch langes Aufbewahren in der Dose auf höhere Preise verdorben ist, kann ja nur schwer nachgeprüft werden. Fest steht jedoch, daß ein großes Quantum menschlicher Nahrung seiner Bestimmung entzogen ist.

Bingen, 5. Febr. (Das erste Floß in der neuen Fahrtrinne.) Das noch nie geschehen ist, seit die Fahrtrinnen im Rhein geschaffen worden sind, wurde jetzt geleistet. Das erste Floß, das in diesem Jahre talwärts fuhr, ist durch das neue Fahrwasser gefahren, also durch eine Fahrtrinne, die noch kein Floß durchfahren hat. Das Floß stand unter der Leitung des Schiffsmeisters A. Reicher aus Mainz-Kastel, während die Steuerung von den Steuerleuten K. Sammel aus Bingen und A. Mauf aus Riedesheim besorgt wurde. Sowohl hinter als vor dem Floße waren zwei Schleppdampfer vorgespannt, da bei der starken Strömung im neuen Fahrwasser das Floß in großer Gefahr schweben mußte. Tatsächlich gelang das Wagnis in der besten Weise. Das Floß wurde durch das Fahrwasser gelöst und dann in das alte Fahrwasser, das nach dem Binger Loch führt, geleitet, worauf die Reise in der üblichen Weise vor sich ging. Es handelte sich um ein Floß vom Main. — Infolge des Unfalls im Binger Loch, der dadurch bedingten Fahrwasserüberbrückung und des fallenden Wasserstandes steigen die Schlepppläne sowie die Frachtsätze. Auch für die Talfahrten haben die Sätze sich erhöht, da viele Schlepper als Vorspann im neuen Fahrwasser dienen müssen. Der Schiffsverkehrsverkehr ist lebhaft.

Griesheim, 7. Febr. (Wirkungen des Krieges.) 130 Tote hat die Gemeinde Griesheim bis jetzt als Opfer des Weltkrieges zu beklagen. Bedenkt man, daß die Beamten und ein großer Teil Arbeiter der Chemischen Fabrik teilsam sind, so ist diese Zahl in einer Gemeinde von 12000 Einwohnern erschreckend hoch.

Wiesb., 7. Febr. (Lichtbilder Vortrag.) Am Samstag den 12. Februar, abends 8 Uhr, findet im Saale „Zur Krone“ ein Lichtbildervortrag statt mit dem Thema: „Eine Reise nach Konstantinopel, Serbien und Albanien“. Der zeitgemäße Vortrag dürfte einen guten Besuch in Aussicht stellen. Bei den Vortragenden und abends an der Kasse sind Karten zu haben. Die Veranstaltung geschieht durch den Arbeiterbildungsausschuß.

Danau, 5. Febr. (Minderung der Vorschriften für Selbstverförmiger.) Sie lauten: 1. Das Brotgetreide ist nicht mehr durchweg zu 75 Prozent auszumahlen, sondern vom 16. v. M. ab muß der Roggen mindestens bis zu 82 Prozent und der Weizen mindestens bis zu 80 Prozent ausgemahlen werden. 2. Die monatliche Verbrauchsmenge von Brotgetreide beträgt wie im Vorjahre auf den Kopf der Selbstverförmiger vom 1. Februar d. J. ab nur noch 9 Kilogramm. 3. Bei den Selbstverförmigern entspricht hinfür 1 Kilogramm Brotgetreide einer Mehlmenge von 800 Gramm. 4. Auf den Kopf der Selbstverförmiger sind monatlich nicht mehr 11, sondern 10 Brotauslaufmarken auszugeben. 5. Hinterkorn darf keinesfalls, auch nicht in geschroteten Zuständen mehr verfüttert werden. — Der Unterschied gegenüber den früheren Vergünstigungen wird sich in den Kreisen der Landwirte kaum nennenswert bemerkbar machen. Während bei 75 prozentiger Ausmahlung des Brotgetreides dem Selbstverförmiger 7500 Gramm Mehl auf den Kopf und Monat zur Verfügung standen, hat er bei 82 prozentiger Ausmahlung 7380 Gramm, also nur 120 Gramm weniger, zur Verfügung.

Danau, 7. Febr. (Städtischer Verkauf.) Die Stadt bringt in ihren Läden folgende Waren zum Verkauf: 1. Im Laden Marktplatz Nr. 4: Butter zu 1,28 Mark das halbe Pfund, Schmalz zu 1,75 Mark, Kumpfspeisefett zu 1,30 Mark, weiße Bohnen zu 50 Pfennig, gelbe Bohnen zu 35 Pfennig, Linsen zu 40 Pfennig das Pfund, Reis zu 18 Pfennig das halbe Pfund, kondensierte Milch zu 65 Pfennig die Dose, Schweinefleisch in Stücke 2,72 Mark, Sülze zu 2,40 Mark die 2-Pfund-Dose, Eier 16 Pfennig das Stück; 2. Im Laden Marktplatz Nr. 17: Kumpfspeisefett zu 1,30 Mark das Pfund, Eier zu 16 Pfennig das Stück, Äpfel zu 10 und 12 Pfennig, Zwiebeln zu 20 Pfennig, Rostkorn zu 11 Pfennig, Weizenkorn zu 7 Pfennig, Weizen zu 11 Pfennig, Roggen zu 8 Pfennig, Weizen zu 8 Pfennig das Pfund, Kartoffeln 9 Pfennig zwei Pfund, 21 Pfennig fünf Pfund, 41 Pfennig zehn Pfund. Der Verkauf des Gefrierfleisches findet nur noch in den Verkaufsläden der Metzgermeister Dr. Heilmann, Fischerstraße, und J. Appel, Sandstraße 8, statt. — Die Ausgabe der neuwilligen Auslaufmarken erfolgt bei den zuständigen Bezirksvorstehern.

Danau, 7. Febr. (Zur Organisation des Viehhandels.) Teilt der Magistrat mit, daß am 15. Februar d. J. Verbandsmüssen, auch ohne Beitrittserklärung, alle Viehhändlerverband mit dem Sitz in Cassel in Tätigkeit tritt. Dem Verbandsmüssen, auch ohne Beitrittserklärung, alle Viehhändler angehören, welche im Regierungsbezirk ihre gewerbliche Niederlassung haben. Auf Antrag können auch Metzger, welche in dem Regierungsbezirk Vieh vom Landwirt oder Metzger unmittelbar kaufen wollen, Mitglieder des Verbandes werden. Vom 15. Februar ab wird im ganzen Regierungsbezirk der Ankauf von Rindvieh, Schafen und Schweinen vom Landwirt oder Metzger zur Schlachtung, der Ankauf solchen Viehs zum Weiterverkauf und der kommissionsweise Handel damit nur den Verbandsmitgliedern gestattet sein, die von dem Verbandsvorstand eine Ausweisurkunde erhalten haben, für welche eine nach den Gewerbesteuern abgestufte Gebühr zu entrichten ist. Anträge von Fleischern, welche Rindvieh, Schweine und Schafe direkt vom Landwirt oder Metzger kaufen wollen, werden für den Stadtkreis Danau bei dem Magistrat, Rathaus, Zimmer 36, anzubringen sein. Derartige Anmeldungen und Anträge können bereits jetzt erfolgen; es ist in dem Gesuch anzugeben, in welcher Gewerbesteuersklasse der Anmeldende oder Antragsteller für das laufende Steuerjahr veranlagt ist. Händler, die Ankäufer beschäftigten, haben für diese auf den Namen lautende Nebenurkunden zu beantragen.

Danau, 7. Febr. (Von der städtischen Handelsschule.) Das neue Schuljahr beginnt Montag den 8. April, vormittags 10 Uhr. Der Unterricht umfaßt ein Jahr und erstreckt sich auf wöchentlich 26 Unterrichtsstunden. Der Unterricht im Französischen und Englischen ist wahlfrei. Das Schulgeld beträgt jährlich 80 Mark. Anmeldungen werden von Montag den 7. bis Samstag den 12. Februar von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr im Amtszimmer des Direktors, Gärtnerstraße 67, entgegengenommen. Nur der erfolgreiche Besuch der Handelsschule berechtigt zum Pflichtfortbildungsbefugnis. Die Handelsschule bietet auch den Frauen und Töchtern geförderter Arbeiter Gelegenheit, sich für den kaufmännischen Beruf vorzubereiten.

Darmstadt, 7. Febr. (Ein tödlicher Wurf aus dem Eisenbahnwagen.) Vom Landgericht Darmstadt ist am 11. November v. J. der Zimmermeister Philipp Meier wegen fahrlässiger Tötung seines Arbeiters, des Zimmermanns Anoll, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte hatte die Herstellung eines Holzgerüsts auf dem Umbau einer Eisenbahnbrücke bei Ober-Ramstadt übernommen. Am 23. August v. J. wollte er seinen Arbeitern zwei größere Holzstücke überbringen, deren eine bei ihren Arbeiten benötigten. Er kletterte die Holzteile in ein Schrägen und fuhr mit dem Zuge von Darmstadt nach Ober-Ramstadt. Um nicht von dem Bahnhof dieses Ortes zu Fuß zurück nach der Arbeitsstelle gehen zu müssen, warf er unterwegs, als der Zug an der Arbeitsstelle vorüberkam, das Paket aus dem Fenster des Zuges. Unglücklicherweise traf dieses den Zimmermann Anoll derart auf den Kopf, daß eine Verletzung der großen mittleren Schlagader und ein harter Hirnerguß in den Schädel eintrat. Anoll starb an den Bahndamm hinunter und starb noch am gleichen Tage. Der Angeklagte will vor dem Hinabschleusen des Pakets sich überzeugt haben, daß niemand in der Nähe stehe. Da aber außer dem Gerüsteten noch ein Junge an der fraglichen Stelle stand, so war er gewarnt, daß der Angeklagte es an der erforderlichen Sorgfalt hat fehlen lassen, also fahrlässig gehandelt hat, und zwar unter Außerachtlassung einer Gewerbspflicht. Die Revision des Angeklagten, welche nur die tatsächlichen Feststellungen demängelte, wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Darmstadt, 6. Febr. (Die Herrschaften wollen durchhalten.) Bei einer strengen polizeilichen Kontrolle, die am Samstag früh an den Bahnhöfen und sämtlichen Zufuhrstraßen der Stadt vorgenommen wurde, ermittelte man am Ostbahnhof eine Frau aus Ober-Ramstadt, die etwa 10 Schoppen Rahm, dessen freier Handel bekanntlich streng verboten ist, bei sich führte. Die Frau wollte den Rahm nach ihrer Angabe an vier hiesige erste Häuser (zwei Adelsfamilien, darunter der Kammerherr der Großherzogin, sowie zwei Familien, der viele Millionen schweren Firma R.) abliefern. Scheinbar wüßten in den herrschaftlichen Familien schwere Krankheiten, denn nur auf ärztliche Verordnung hin, dürfen in hiesigen Geschäften Mengen von 1/2 Liter Rahm abgegeben werden. Möglicherweise ist aber auch, daß die Herrschaften sich auf diese Weise das Durchhalten erleichtern wollen.

Wiesbaden, 7. Febr. (Beschlagnahme „Jagdbrut“.) Eine Frankfurter Jagdgesellschaft kauft in verschiedenen Orten ihres hiesigen Jagdgebietes Raubvögel, Wiesel, Fuchsen und Butter auf und wollte sie nach der Jagd mit nach Frankfurt nehmen. Am Wiesbadener Bahnhof aber beschlagnahmte die Polizei die Waren, die dann auf dem Wochenmarkt verkauft wurden. So was nennt man Voth.

Wiesbaden, 6. Febr. (Kriegsfrucht.) Wie in anderen Teilen des Siegerlandes, so ist auch in Wiesbaden großer Geburtenrückgang zu verzeichnen, der fast 50 Prozent beträgt. Im Jahre 1914 wurden 172, hingegen 1915 nur 91 Geburten hiesig gemeldet. Die Tausen in der evangelischen Bevölkerung der Stadt Wiesbaden gingen im gleichen Zeitraum um 485 zurück.

Aus Frankfurt a. M.

Neue Milchpreiserhöhung in Sicht.

Die Milchproduzenten im Wirtschaftsgebiet der Stadt Frankfurt a. M. sind, wie man uns schreibt, beim Wiesbadener Regierungspräsidenten kürzlich vorstellig geworden, den großen Städten eine Heraushebung des Preises für Vollmilch zu empfehlen. Das Raubfutter sei nahezu aufgebraucht, frisches Futter im Winter ausgeschrieben, während Kraftfuttermittel — wenn überhaupt — nur zu unverhältnismäßig hohen Preisen zu haben seien. Die außerordentlich hohen Preise, welche zurzeit für Vieh geboten werden, veranlassen außerdem zahlreiche Verkäufe von Milchkuhen. Hierdurch sei die Milchproduktion erheblich gefährdet. Eine geringe Preiserhöhung des Vollmilchpreises würde dazu führen, die Verminderung der Erzeugung zu verlangsamen, eine ansehnliche Aufrechterhaltung der Milchherstellung wäre aber nur dann zu erwarten, wenn eine wesentliche Erhöhung des Milchpreises erfolgen könnte.

Der Wiesbadener Regierungspräsident hat, nach den amtlichen Mitteilungen, die Frage sehr eingehend mit den Milchproduzenten und den Vertretern der großen Städte besprochen. Es sieht zu erwarten, daß etwa Mitte des Monats die schwierige Frage zur Entscheidung reif sein wird. Die Milchproduzenten haben es den Städten überlassen, ihrerseits zunächst Stellung zu nehmen. Bekanntlich beträgt laut einer Anordnung des stellvertretenden Generalgouverneurs vom 30. September 1915 der Haushaltungs-Vollmilchpreis frei Frankfurt, Wiesbaden, Hanau, Höchst, Darmstadt, Mainz und Offenbach 22 Pfennig, d. h. Händler und Vereinigungen, die in den gedachten sieben Städten Vollmilch an die Verbraucher abgeben, dürfen keinen höheren Preis wie 22 Pfennig für den Liter frei Stadt zahlen. Da die gedachten Händler und Vereinigungen für ihre Ausgaben und Bemühungen usw. im allgemeinen 6 Pfennig berechnen, beträgt der Vollmilchpreis für den Verbraucher in der Mehrzahl der Städte zurzeit noch 28 Pfennig.

Wie hoch jetzt die „wesentliche Erhöhung des Milchpreises“ sein soll, wird in der amtlichen Mitteilung leider nicht gesagt. Aber das Publikum darf sich schon auf eine gehörige neue Schröpfung gefaßt machen. Vor einigen Wochen wollten die Milchproduzenten den Preis von 22 auf 24 Pfennig erhöht wissen, was einem Kleinverkaufspreis von 30 Pfennig entsprechen würde. Nach der obigen Ankündigung ist fast zu vermuten, daß die Milchproduzenten noch mehr verlangen.

Zur Vieh- und Fleischnot.

Troßlose Zustände herrschen heute auf dem Frankfurter Schlachtviehmarkt. Der nicht zu Beginn des Marktes schnell kaufte, unbelümmert darum, ob er bei dem gezahlten Preis auch auf seine Rechnung kam, mußte leer ausgehen. Die meisten Metzgermeister zogen es denn auch vor, ihr Geld in der Tasche zu behalten, denn sie sagten sich, bei derart hohen Preisen für Schlachtvieh ist es unmöglich, kleinen Leuten noch Fleisch zu liefern. Der Auftrieb war arg knapp. Zum Verkauf standen 188 Ochsen, 21 Bullen, 188 Kühe, 155 Kälber, 64 Schafe und 73 Schweine. Die durchschnittlichen Preise für Rinder sind noch nicht festgestellt, die Preise waren aber durchweg bei allen Tiergattungen 25 bis 30 Mark höher als im letzten Jahre. Unter 150 Mark der Zentner waren nicht einmal die allerbilligsten genährten Kühe zu bekommen. Dabei kann man noch nicht einmal behaupten, daß es die Händler sind, die einen außerordentlich hohen Gewinn einflecken; die Stallpreise sind schon so gehalten, daß die Händler nicht viel billiger liefern können. Das von den jüdischen Metz-

gerungen immer noch beibehaltene Ausfuhrverbot für Rinder machen sich die preussischen Viehzüchter, die Landwirte, zunutze und verlangen ganz unverschämte Stallpreise. An erschaffenem Vieh war überhaupt keine große Auswahl und mancher Ochsenmetzger, der es bisher ablehnte, Kühe zu schlachten, mußte zu greifen und sich mit geringerer Ware begnügen; nur um etwas für seine Rundschaft zu haben. Schweine konnten fast gar nicht gehandelt werden. Die 75 Stück, die ausgetrieben waren, hatten schon im „Vorverkauf“ ihre Interessenten gefunden. Ratlos schüttelten die Schweinemetzer die Köpfe. Einige von ihnen, insbesondere die, die noch kapitalstark sind, haben sich in der Vorwoche zusammengetan und 1600 dänische Schweine gekauft; sie verkaufen das Pfund im Laden zu 2.40 Mark, ein Preis, den sich nur ganz reiche Leute leisten können. Immerhin ist das Vorgehen dieser Metzger zu begreifen; sie haben wenigstens Material zur Wurstfabrikation, damit auch der ärmeren Bevölkerung gedient ist. Für Dienstag ist eine weitere Sendung ausländischer Schweine in Aussicht gestellt. Auf dem Rindermarkt, so geht ein Gerücht, soll vom 15. Februar ab eine Besserung eintreten. Die Händler sollen sich verpflichtet haben, ein Draufgeld von nur 3 Prozent zu nehmen. Aber auch das würde bei dem notariellen Bestreben der Produzenten, ihr Vieh nur zu recht hohen Preisen zu verkaufen, die Preisbildung nicht viel beeinflussen. Die Regierung muß zu ganz strengen Maßnahmen greifen und genügend Vieh auf den Markt schaffen. In der Frankfurter Umgebung gibt es Landwirte und Viehzüchter, die 30, 50 und noch mehr Schweine in den Ställen liegen haben, die schlachtreif sind und in Zeit erstickten. Sie machen nicht einmal den Stall aus, wenn sich ein Metzger nach dem Preis erkundigt. Da liegen die Schweine, die nur durch Zwangsmaßnahmen der Behörden beseitigt werden können. Aber auch die Kommunalbehörden sollten endlich ein recht ernstes Wort bei der entscheidenden Stelle reden; es treten sonst Zustände ein, die den verantwortlichen Stellen nicht erwünscht sein können.

Kriegsmaßnahmen gegen die Jugend.

Der Stellvertretende Kommandierende General des 12. Armee-Korps hat im Interesse der Jugendfürsorge im Kriege eine Verordnung erlassen, durch welche jugendlichen Personen unter 17 Jahren der Besuch von Wirtschaften, Cafés, Automatenrestaurants und Kinos, sowie der Aufenthalt auf den Straßen nach 8 Uhr abends (im Winter) verboten wird, wenn sie sich nicht in Begleitung ihrer Eltern, gesetzlicher Vertreter oder sonstiger Aufsichtspersonen befinden. Auch das Rauchen in der Öffentlichkeit ist ihnen verboten. Ebenso ist die entgeltliche oder unentgeltliche Verabfolgung von Rauchwaren an die bezeichneten Jugendlichen unter Strafe gestellt.

Belgien unter deutscher Verwaltung. Ueber dieses Thema sprach am Samstagabend Ulrich Kausch auf Einladung der Frankfurter Handelskammer und des Magistrats der Stadt Frankfurt a. M. im Bürgeraal des Rathauses. Zu dem Vortrag hatten sich u. a. der Oberpräsident des Reichs, der Regierungspräsident v. Weizsäcker, der Polizeipräsident, der Eisenbahnpräsident und andere vornehme Herren eingefunden; außerdem natürlich sehr viel Damen und Herren der sogenannten besseren Gesellschaft. Sie wurden vom Oberbürgermeister Voigt begrüßt. Einleitend wies Herr Kausch auf die Schwierigkeiten hin, die nach der Eroberung Belgiens zu überwinden waren, um Ordnung in das Chaos zu bringen, denn die belgische Regierung, die führenden Männer, die Stadtverwaltungen, die reiche Bourgeoisie, das Vermögen der Nationalbank, die Vieh- und Viehhändler, die Vorräte an Rohmaterial, kurzum alles war verschwunden. Es mußte folgerichtig ganz von Neuem aufgebaut werden. Mit deutschem Organisationsgeschick ist das gelungen. In Belgien teilen sich heute vier Behörden in die Verwaltung, die die „deutsche Obrigkeit“ darstellen: das Generalgouvernement, dem die militärischen Obliegenheiten zufallen, die Zivilverwaltung, die ein sehr kompliziertes Reichamt des Innern darstellt; die politische Abteilung, die dem Auswärtigen Amt vergleichbar, Belgiens äußere Politik, soweit sie noch besteht, führt und zugleich die Grundlagen für die Zukunft sammelt, und die Finanzabteilung, die mit all ihren Maßnahmen eine Ueberleitung in friedliche Verhältnisse anstrebt. An der Spitze dieses ganzen, weit verästelten, ganz aufs Praktische eingerichteten Apparats der Generalgouverneure, eine beherrschende Persönlichkeit, in dessen Hand alle Fäden zusammenlaufen. Eine der größten Schwierigkeiten war die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln. Zu diesem Zweck wurde eine Art Transportgesellschaft gegründet, die Getreide ins Land brachte, das dann von einer zweiten Corporation im Land teils verkauft, teils an die ärmere Bevölkerung durch Vermittlung der Gemeinden verschickt wurde. So segensreich diese beiden Organisationen gewirkt haben, so ist ihr Fortbestand doch nicht gesichert, da England fürchtet, es könnten durch sie auch deutsche Interessen gefördert werden und deshalb darauf aus ist, diese beiden Kanäle für die Lebensmittelzufuhr zu schließen. Aber einwilligen läßt die deutsche Verwaltung das Ernährungs- und Hilfswort durch, das heute in Belgien fast jeden Menschen speist oder unterstügt. Das Offiziersverhältnis ist heute ein durchweg künstlich erhaltenes Land, künstlich ernährt, wie ein in Genesung begriffener Kranke, dem erst langsam wieder Gesundheit und Wachsein zurückkehren. Daneben ist die deutsche Verwaltung bemüht, Industrie und Landwirtschaft neu zu beleben. Bei der Industrie ist das schwieriger, weil der Landwirt, der zum Teil durch unsere Landwirte betrieben wird, auch die Kohlenförderung Belgiens hat wieder fast auf den Friedensstand gehoben werden können. Sie bietet viel beinahe ebenso viel Arbeitern Verdienst und Brot, wie vor dem Kriege. Was nach dem Kriege aus Belgien wird, sich der Rechner unversichert. Vernünftigerweise unterließ es der Rechner auch, irgendwelche Kriegsziele zu erörtern. Wie sich später Deutschland zu Belgien zu stellen habe, gehe aus der Denkschrift der Frankfurter Handelskammer über „Die deutsch-belgischen Wirtschaftsbeziehungen“ hervor.

Ein Kind verbrannt. Auf dem Affensteiner Felsenkeller trug sich am Samstag nachmittag ein folgenschweres Brandunglück zu. Die etwa dreijährige Tochter des in der Röllschen Lohnkutscherei bediensteten Antichers Keller machte sich in Abwesenheit der Eltern mit Streichhölzern zu schaffen und steckte dabei die im Dachgeschoß belegene Wohnung an. Der Brand wurde erst bemerkt, als Rauch und Flammen aus den Fenstern schlugen. Die erste Hilfe brachten die im Felsenkeller-Logarett untergebrachten Soldaten, denen es auch gelang, den Brand noch vor Eintreffen der Feuerwehr zu löschen. Das Kind konnte nicht mehr gerettet werden, man fand es bereits erstickt und verbrannt im Zimmer liegend vor.

Die deutschen Straßenbahnschaffnerinnen.

Zur Ermittlung der Lohn- und Dienstverhältnisse der Straßenbahnschaffnerinnen hat der Deutsche Transportarbeiterverband eine Erhebung veranstaltet, deren Ergebnisse werden im Verbandorgan veröffentlicht. Die Statistik erstreckt sich auf 70 Straßenbahnbetriebe, die im Oktober v. J. weiblichen Personal in ihren Diensten hatten. Unter diesen Betrieben befinden sich die namhaftesten und bedeutendsten. Es sind 36 städtische oder kommunale und 34 privatisierte Betriebe, die insgesamt 12 904 weibliche Personen, darunter 2799 Ehefrauen der zum Kriegsdienst eingezogenen Straßenbahnschaffnerinnen beschäftigen. Von den insgesamt beschäftigten weiblichen Personen sind 12 548 Schaffnerinnen, 9 Wagenführerinnen und 1390 sonstige Hilfsarbeiterinnen.

Die Entlohnung der Schaffnerinnen zeigt sehr große Unterschiede, die sich nur zum geringsten Teile aus den örtlichen Verhältnissen ergeben. Im Durchschnitt bewegen sich die Stundenvergütungen zwischen 30 und 35 Pfennig. Es kommen aber auch Stundenlöhne von 25 Pfennig und solche von 47 1/2 Pfennig vor. In den meisten Fällen ist die Bezahlung eine ganz ungenügende. Die tägliche Arbeitszeit ist ebenfalls sehr verschieden. Von durchschnittlich 5 Stunden bis 11 1/2 Stunden, oder wenn man die längste und kürzeste Arbeitszeit in Betracht zieht, von 4 Stunden bis zu 15 Stunden, werden die Schaffnerinnen in Anspruch genommen. Die durchschnittliche tägliche Dienzeit beträgt in zehn Betrieben weniger als 8 Stunden, in zwölf Betrieben 8 Stunden, in elf Betrieben über 8 bis 9 Stunden, in 25 Betrieben über 9 bis 10 Stunden und in sieben Betrieben mehr als 10 bis 11 1/2 Stunden. Für zwei Betriebe fehlen die Angaben bezüglich der Arbeitszeit.

Bzüglich der freien Tage sind für 65 Betriebe Angaben gemacht worden. Es werden 2, 3, 4, 5 und 6 freie Tage im Monat gewährt, in einem Falle 8 Tage. In den überaus zahlreichen Fällen werden 3 bis 4 freie Tage monatlich gewährt. 25 Betriebe bezahlen auch die freien Tage entweder voll oder zum Teil. Die städtische Straßenbahn in Köln a. Rh. bezahlt zwar keine freien Tage, vergütet aber, wenn die Schaffnerin an einem ihr zustehenden freien Tage zum Dienst herangezogen wird, den Lohn mit 33 Prozent und an Sonntagen mit 50 Prozent Aufschlag.

Einige Straßenbahnen gewähren ihren weiblichen Bediensteten und auch den männlichen eine Feuerungszulage, so daß sich das vorher genannte Dienstverhältnis um etwas erhöht.

Die Ausbildungszeit einer Straßenbahnschaffnerin ist von einer sehr unterschiedlichen Dauer, die vielleicht vier Tage oder auch vier Wochen betragen kann. Eine Ausbildung ist sicher nötig, aber die Straßenbahnverwaltungen legen dabei eine sehr unangebrachte Engstirnigkeit an den Tag. Bei der Berliner städtischen Straßenbahn dauert die Ausbildungszeit sieben Tage. Die Auszubildenden erhalten während dieser Zeit pro Tag 1.80 Mark Lohn. Wie ungemein schwer wird es einer Person gemacht, sich diesem Besuche zu widmen, denn wie soll sie mit dem geringen Lohn bei dem anstrengenden Dienst eine Woche leben? In Kassel dauert die Ausbildungszeit sechs Tage. Eine Entschädigung für diese Zeit wird den Auszubildenden im Betrage von 10 Mark erst nach einem Vierteljahr, wenn sie so lange im Dienste verbleiben, ausbezahlt. In Dresden und Halle a. S. wird für die sechs Tage dauernde Ausbildungszeit der volle Lohn gezahlt, jedoch erst nach vier Wochen. Wer vor der Zeit den Dienst wieder verläßt, erhält für die sechs Tage nichts. Wer also den schweren Dienst nicht aushalten kann, wird noch besonders dafür durch Vorenthaltung eines vollen Wochenlohnes bestraft. In Hannover zahlt man den Schaffnerinnen während einer vierzehntägigen Ausbildungszeit täglich eine Mark Lohn, die Vergütung Kleinbahn in Elberfeld zahlt für dieselbe Ausbildungszeit gar nur 12 Mark, und in Kosen, wo die Ausbildungszeit 10 bis 14 Tage beträgt, wird für diese Zeit überhaupt kein Lohn gezahlt.

Ob sich Frauen und Mädchen für den Straßenbahnschaffnerdienst im allgemeinen ebenso gut eignen wie Männer, das dürfte sich wohl erst nach einem längeren Zeitraum mit Sicherheit feststellen lassen. Jedenfalls aber wird überall von den Schaffnerinnen dieselbe Dienstleistung verlangt, wie von den Schaffnern. Gewissermaßen müßte also ihnen auch dieselbe Entlohnung und alle sonstigen, aus dem Dienstverhältnis sich ergebenden Vorteile zuteil werden. Diese Konsequenz ziehen aber die Straßenbahnverwaltungen in der Regel nicht. Den Grundlag, für gleiche Arbeit auch gleicher Lohn, haben sich nur ganz wenige zu eigen gemacht. Zu diesen Ausnahmen zählt die städtische Straßenbahn in Mannheim; Dienst und Bezahlung sind für die Schaffnerinnen die gleichen, wie für ihre männlichen Kollegen. Für Ortsrentner erhalten die Schaffnerinnen in Leipzig 35 Pfennig, dagegen die Schaffner 75 Pfennig. Die Allgemeine Deutsche Kleinbahn zahlt den Schaffnerinnen einen Lohn von 42.25 bis 72.25 Mark monatlich. Schaffner dagegen erhalten ein Anfangsgehalt von monatlich 54.50 Mark. Mehrfache Beispiele könnten mehr angeführt werden. Es mag hier noch genügen, darauf hinzuweisen, daß solche ungleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit den ungünstigsten Einfluß ausüben muß auf die Haltung der Schaffnerinnen gegenüber den Straßenbahnschaffnern nach dem Kriege, sofern die Weiterbeschäftigung weiblicher Personen nicht aus anderen Gründen dann wieder erheblich eingeschränkt werden muß.

Arbeitslosenunterstützung in Elberfeld.

Da sowohl die Textilindustrie wie die Konfektion, die beide unter dem Krieg schwer zu leiden haben, in Elberfeld stark vertreten sind, ist die am 16. Februar in Kraft tretende Regelung der Arbeitslosenunterstützung in dieser Stadt von besonderem Interesse. Nach den kürzlich mitgeteilten Richtlinien für die Unterstützung im Wuppertal-Bezirk beschloß die städtische Kommission für Kriegsunterstützung folgende Sätze:

Der Haushaltsvorstand erhält monatlich 34.50 Mark, jedes übrige Mitglied der Familie 12 Mark. Dazu kommen Aufwände für Lebensmittel in Höhe von 4 Mark pro Familie und Monat, sowie Frischfleisch in Höhe von 2 Mark pro Kopf und Monat.

Die Unterstützung wird gezahlt, wenn das Einkommen der Familien oder Personen gefunden ist auf das Einkommen der Unterstützungsbeträge. Sie wird gekürzt, wenn das Einkommen wieder diesen Betrag übersteigt.

Die Arbeitslosen werden von besonderen Beamten kontrolliert. Sie müssen sich beim Arbeitsnachweis melden und die dort nachgewiesene Arbeit annehmen. Ein Arbeitsnachweisausfluß prüft etwaige Arbeitsunfähigkeitsbeweise.

Die Arbeitslosen sind verpflichtet, die Krankenversicherung in der niedrigsten Klasse aufrechtzuerhalten. Unterlassen sie dies, so kann der Betrag an ihrer Unterstützung gekürzt werden.

Die Durchführung der Organisation geschieht völlig im Anschluß an die Kriegsunterstützung, die von den Armenpflegern besorgt wird.

Die Gewerkschaften sind nicht herangezogen worden. Daß diese Regelung sehr verwerfungsbedürftig ist, braucht nicht gesagt zu werden.

Wiesbadener Theater.

Residenz-Theater.

Montag, 7. Febr., 7 Uhr: „Herrschafflicher Diener gesucht“.
Dienstag, 8. Febr., 7 Uhr: „Komödie der Worte“.
Mittwoch, 9. Febr., 7 Uhr: „Die seltsame Erbschaft“.
Donnerstag, 10. Febr., 7 Uhr: „Als ich noch im Hühnerstall...“
Freitag, 11. Febr., 8 Uhr (Vollbesetzung): „Sturm und Regen“.
Samstag, 12. Febr., 7 Uhr (Neuzeit): „Zeitliche Gezeiten“.
Sonntag, 13. Febr., 11 Uhr: Morgenunterhaltung: S. Tuerichmann: „Homer“ — 14 Uhr: Unbestimmt. Gaiße Br. — 7 Uhr: „Zeitliche Gezeiten“.
Montag, 14. Febr., 7 Uhr: Wieder-Abend: Virgil Engell.

Königliches Theater.

Montag, 7. Febr., 7 Uhr: „Die große Baule“.
Dienstag, 8. Febr., 7 Uhr: „Margarete“.
Mittwoch, 9. Febr., 7 Uhr: „Hans Geling“.
Donnerstag, 10. Febr., 7 Uhr: „Alba“.
Freitag, 11. Febr., 7 Uhr: „Der Riesenpels“.
Samstag, 12. Febr., 7 Uhr: „Die verkaufte Braut“.
Sonntag, 13. Febr., 6 1/2 Uhr: „Oderon“.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 49.
Billige Speisen und Getränke.

Regelbahn und angenehme Aufenthaltsräume.
Soll sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen der Ausflüge bestens empfehlen.